

Appell der westlichen Führer: Frieren für Demokratie und Freiheit

19 Aug. 2022 13:34 Uhr

Der Publizist Josef Bouška wirbt für eine Änderung der strategischen Kommunikation. Das Absinken des Lebensstandards sei nicht als Solidarität mit der Ukraine zu kommunizieren, sondern als von jedem zu leistender Beitrag im Kampf für Demokratie und westliche Werte.



Quelle: www.globallookpress.com

Hohe Lebenshaltungskosten und das Absinken des Standards seien der Beitrag, den jeder Westeuropäer im Kampf für Freiheit und Demokratie zu leisten habe, meint die britische Zeitschrift "The Spectator".

Eine Analyse von Gert Ewen Ungar

Die konservative britische Wochenzeitschrift *The Spectator* veröffentlichte einen [Beitrag](#) des tschechischen Schriftstellers und Publizisten Josef Bouška, in dem eine Neuausrichtung der strategischen Kommunikation bezüglich der Ukraine gefordert wird. Das Absinken des durch die westlichen Sanktionen bedingten Lebensstandards soll nicht als Akt der Solidarität mit der Ukraine kommuniziert werden. Wichtig sei, den Bürgern zu vermitteln, dass der sinkende Standard ihr persönlicher Beitrag im Kampf für Freiheit, Demokratie und westliche Werte sei.

Krieg werde nicht immer auf dem Schlachtfeld entschieden, leitet Bouška seinen Beitrag ein. All das Lob westlicher Politiker angesichts des Muts der ukrainischen Soldaten nütze wenig, wenn das öffentliche Interesse an der Ukraine schwinde.

Selenskij und sein Umfeld hätten gezeigt, wie man herausragend gute Public Relations macht. Der ukrainische Präsident selbst sei zu einer medialen Sensation geworden, dessen Image sich über Nacht von einem unpopulären Führer zum zeitgemäßen Beispiel für einen modernen Kriegsherrn gewandelt habe. Doch obwohl er ganz tief in die Trickkiste der Public Relation greifen würde, um das Interesse an der Sache der Ukraine aufrechtzuerhalten, sei inzwischen deutlich Kriegsmüdigkeit zu spüren. Steigende Lebenshaltungskosten und hohe Energiepreise hätten den Freiheitskampf der Ukraine als Thema von den Titelseiten der Zeitungen verdrängt.

Moskau behaupte zudem, die Sanktionen hätten in Russland kaum Auswirkungen. Das sei falsch, ist sich der Autor sicher und beruft sich auf eine Studie der US-amerikanischen Yale-Universität. In der umstrittenen Studie wird versucht nachzuweisen, dass die russische Wirtschaft kurz vor dem Kollaps stehe. Russische Führer wüssten um den bedenklichen Zustand ihrer Wirtschaft, hofften aber, dass der Westen mit der sich aus den Sanktionen ergebenden wirtschaftlichen Not noch schlechter fertig wird.

Allerdings mahnt das Kieler Institut für Weltwirtschaft laut einem Medienbericht, die Studie mit Vorsicht zu genießen. Sie sei in den Kontext des Informationskrieges einzuordnen und würde ausschließlich in eine Richtung argumentieren. Diesen Einwurf nimmt Bouška jedoch nicht zur Kenntnis. Seine Argumentation ist auf den Ergebnissen der Studie aufgebaut.

Bouška meint, westliche Führer täten zwar ihr Bestes, um die Moral hochzuhalten, lobten den Mut der Ukrainer und forderten, dass Wladimir Putin nicht damit durchkommen dürfe, sich einfach Teile eines anderen Landes einzuverleiben. All diese Statements seien edel, aber sie seien ungeeignet, langanhaltende Unterstützung für die Ukraine zu sichern.

Die Umfragen würden eine nachlassende Bereitschaft in der Bevölkerung zeigen, die Sanktionen mitzutragen. Zu Beginn des Krieges sei insbesondere in Westeuropa die Solidarität sehr hoch gewesen, würde inzwischen jedoch deutlich nachlassen.

Der Verweis darauf, die steigenden Lebenshaltungskosten seien der notwendige Preis, der für die Freiheit der Ukraine zu zahlen sei, sei ein todsicheres Rezept für Probleme, so Bouška. Die strategische Kommunikation müsse daher umgestellt werden. Künftig solle die Umstellung auf andere Energielieferanten und die damit einhergehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen als hartnäckiger Kampf für die eigene Freiheit, für unsere Demokratie und unsere Werte kommuniziert werden.

Es sei unzureichend, dies nur ab und an anzusprechen. Die europäischen Führer benötigten eine konsistente, umfassende Kommunikationsstrategie, die die Westeuropäer in ihrer Unterstützung für die Ukraine bei der Stange hält. Ansonsten drohe der Krieg verloren zu gehen. Das aber sei der Ukraine nicht zumutbar, denn sie würde dann zu nicht hinnehmbaren Kompromissen gezwungen.

Daher sei die Änderung der strategischen Kommunikation wichtig. Es muss deutlich werden, dass die Sanktionen gegen russische Energieträger der Freiheit eines jeden Europäers dienen. Die sich daraus ergebenden Folgen wie hohe Lebenshaltungskosten, steigende Inflation und das Sinken des Lebensstandards seien daher unter diesem Aspekt zu vermitteln.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

